

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 165.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 196.

Erste Ausgabe

Geschäftsstelle in Halle a/S. Leipzigerstr. 87.
Telephon Nr. 158.
Verantwortlich: Dr. Walter Oelsenleben in Halle a. S.

Wittwoch, 8. April 1903.

Geschäftsstelle in Berlin Bernburgerstr. 3.
Telephon-Nr. VII 11 494.
Zustell- und Verlag von Otto Zsche in Halle a. S.

Die Lage im Osten

hat sich nicht gebessert. Die Türkei scheint unfähig zu sein, den Zustand der Albanen zu unterbinden. Wie aus Saloniki gemeldet wird, haben diese in einer Versammlung beschlossen, die bei Mitrovica Gesandten künftig zu rufen, und sie sind auch bereits zur Tat geschritten. Es kam zu leichten Zusammenstößen und die bei Leskib und die über den Verberuf führenden Eisenbahnbrücken wurden von den Albanen gesprengt; ebenso wurden die Telegraphenleitungen zerstört. Diese Nachricht wird nicht verhehlen, in Petersburg eine Verschärfung der ohnehin schon gespannten Stimmung der leitenden russischen Kreise herbeizuführen. Die „Dom. Wremja“ erklärt bereits aus Anlaß des Heberfalls auf den russischen Konsul Schidzerbina, daß es mit der Bevoorzugung der Albanen durch die Porte so nicht weiter gehen könne; und die „Nowosti“ vertritt in Uebereinstimmung mit der Mehrzahl der russischen Blätter die Auffassung, wenn die Türkei außer Stande sei, die Albanen zu bändigen, so müßten Serbien und Rußland diese Sache in die Hand nehmen. Dies ist bereits geschrieben, ehe man in Petersburgs Nachricht hatte von der außerordentlich gelinden Abmüdung, die das Kriegsgericht in Mitrovica dem maulerischen Ankläger gegen den Konsul Schidzerbina hat zu teil werden lassen, indem es den Soldaten Vrabine, der auf den Konsul schloß, nur zu fünfzehn Jahren Zwangsarbeit verurteilte. Es verlautet allerdings, daß der Sultan eine besondere Sühnmessung nach Petersburg schicken wolle. Ob diese dort aber besonders gnädig aufgenommen wird, bleibt abzuwarten.

Inzwischen wird es immer deutlicher, daß die macedonischen Antriebe einer Mischheit an Frankreich haben. Trotz des kalten Wassertrahles, der von Petersburg gegen Herrn Delcafe gerichtet ist, hört die französische Unterstützung der Balkanmächte nicht auf. Vermutlich rechnet man in Paris damit, daß Rußland durch Schwierigkeiten wie den von Mitrovica wohl oder übel gezwungen sein wird, auf dem Balkan Ruhe zu stiften, was natürlich nur auf Kosten der Türkei und zu Gunsten Großbulgariens geschehen könnte. Es tritt aber auch ziemlich deutlich hervor, daß Frankreich dabei in einem gewissen Einvernehmen mit England handelt, das wieder einmal als der Friedensförderer Europas erscheint, vermulich um Rußland auf seinem Vorwärtsschritt in Asien aufzuhalten und durch Abwertung in Europa zu schwächen. Die englische Presse kündigte dieser Tage an, daß König Edward nach Paris zu reisen beabsichtigt. Dies sowie gewisse Andeutungen der „Times“ über eine englisch-französige Annäherung wird von der Pariser Presse mit um so größerer Begeisterung begrüßt, als die „Times“ natürlich nicht verhehlt hat, auf angebliche Antriebe Deutschlands dabei hinzuweisen. Selbstverständlich ist die Verbindung von solchen Antrieben rein aus der Luft gegriffen. Das wissen auch offenbar die Engländer ebenfalls wie die Franzosen. Aber die Tatsache, daß die „Times“ das Vorhandensein solcher Antriebe behauptet, der Wunsch also der Vater des Ozeanens ist, wird in Paris gleichwohl beifällig verwertet. Wie der „Gaulois“ mittelt, wird König Edward am 2. Mai in Paris eintreffen und in der englischen Hofgesellschaft absteigen. Dort und im Elisee sollen große Diners stattfinden und die Oper wird eine Galavorstellung veranstalten. Kurz: Paris wird sich in seinem vollen Glanze zeigen. Daß es dem König aber in Paris nicht lediglich um Ehrenvorstellungen zu tun ist, beweist die Tatsache, daß der auf Urlaub befindliche englische Botschafter Monson am 5. April bereits nach Paris zurückgekehrt ist.

So findet das Frühjahr ebenso sehr die schmuckartigen Albanen und Makedonier wie die glattroten Diplomaten in einer kampfbereiten Aufmarschstellung. Bündnisse genug zum Ausbruch eines Krieges, der für alle Welt ein Unglück wäre und nur England nützen würde, das hier nie immer im Trüben zu finden vermag!

Das neue Fideikommissgesetz.

Wie schon kurz mitgeteilt wurde, ist im Reichs- und Staatsanzeiger am Sonnabend der vorläufige Entwurf eines neuen Gesetzes über die Familienfideikommissverordnungen veröffentlicht worden.

Zu jener Zeit in Preußen geltende Recht betreffend die Familienfideikommissverordnungen ist bekanntlich keineswegs einheitlicher Natur. Es fand sich annehmen aus einer Reihe von Gesetzen, Allerhöchsten Kabinettsordern und Verordnungen, die zum Teil zeitlich weit zurückliegen und für die verschiedenen Landesteile unterschiedliche Bestimmungen treffen. Das Bedürfnis nach einer neuen und einheitlichen Regelung der Angelegenheit ist seit langem anerkannt und in den beiden Häusern des Landtags wiederholt betont worden. Die Regierung ist bereits vor Jahren an die Ausarbeitung eines entsprechenden Gesetzentwurfes herangetreten. Zunächst ist im Landwirtschafsministerium ein selbständiger Entwurf ausgearbeitet worden. Diesen Entwurf ist jedoch einer gemeinsamen Nachprüfung seitens des Landwirtschaftsministeriums und des Justizministeriums unterzogen worden, die zu einer vollständigen Umarbeitung führte. Das Ergebnis der Arbeit ist der jetzt vorliegende Entwurf, der als ein „vorläufiger“ bezeichnet ist. Wie aus einer Mitteilung des Justizministers in einer der letzten Sitzungen des Herren-

hauses hervorgeht, beabsichtigt die Regierung, den Entwurf, bevor sie ihm die endgültige Fassung einer Vorlage an den Landtag gibt, zunächst noch den Provinzialbehörden, jedenfalls aber den Oberlandesgerichten, zur Begutachtung vorzulegen und sodann Gruppen von nächstbeteiligten Interessenten zu berufen, um mit ihnen nochmals in eine Beratung über die zu vorbereitende Regelung der Angelegenheit einzutreten. Diese Maßnahmen, wie die bisherige Verzögerung der Fertigstellung des Entwurfs rechtfertigen sich durch die außerordentliche Komplexität der Materie und die in der Sache liegenden Schwierigkeiten; denn es gilt, ein einheitliches, klares und durchführbares Recht zu schaffen, auf einem Gebiete, das wie kaum ein anderes in der Gesetzgebung einerseits eine Vielgestaltigkeit aufweist und andererseits weit in die verschiedensten rechtlichen Materien hineinberührt.

Nach dem neuen Entwurf muß jedes Fideikommiss dem Fideikommissbesitzer ein Jahreseinkommen von mindestens 10 000 M. (bisher nach dem „Allg. Landr.“ 7500 M.) aus Grundbesitz gewährt, der die Grenze einer Provinz und der an sie anstoßenden Kreise nicht überschreitet. Dieses Jahreseinkommen muß in Höhe von mindestens 100 M. aus einer Leistung herrühren, die ein wirtschaftliches Ganzes bildet. Die Jahresleistungen an öffentlichen und privatrechtlichen Stellen und Ausgaben dürfen die Höhe des Jahresertrages des Grundbesitzes nicht übersteigen. Kapitaleien dürfen zum Familienfideikommiss nur gebildet werden, wenn der Wert des letzteren die Höhe der Kapitalleistungen ausreicht. Die jährlichen Leistungen des Familienrats soll der Fideikommissbesitzer höhere Teile des zum Fideikommiss gehörigen Grundbesitzes unter besonderen Voraussetzungen erhalten dürfen. Eine Veräußerung größerer Teile kann mit Zustimmung des Familienrats erfolgen, wenn die Veräußerung notwendig ist zur Tilgung einer Schuld, wegen deren der Gläubiger Veräußerung aus dem Familienfideikommissgrundbesitz im Wege der Zwangsversteigerung suchen darf, zur Ausfüllung von Schuldenverpflichtungen gegen nicht vorhergehende Gefahr und zur einmaligen Befreiung des für die Familienfideikommissgründe erforderlichen Inventars. Die Gesamtbelastung eines Grundbesitzes soll in der Regel drei Drittel seines Ertragswertes nicht überschreiten. Der Fideikommissbesitzer hat das zum Familienfideikommiss gehörige Land nach der Abgrenzung des Grundbesitzes gehaltenen Bestimmungen anzulegen. Zur Erhaltung und nachhaltigen Verbesserung des Familienfideikommisses ist Kapital anzuhebeln (Verbesserungsanleihe). Diese wird gebildet aus dem jährlich von dem Fideikommissbesitzer zu entrichtenden Betrag, einem vom Ertrage eines oder mehr Grundbesitzes zu entrichtenden Zinsen. Der Höchstbetrag der Verbesserungsanleihe soll das Hundertfache des Jahresertrages des Familienfideikommissbesitzers aus land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitz nicht übersteigen. Anwärter für Familienfideikommiss sind die zur Nachfolge berufenen Familienmitglieder. Als Anwärter sind auch nichtverheiratete Ehen, uneheliche Kinder, für ehelich erklärte Kinder und an Kindesstatt angenommene Kinder. Die Ansetzung der Geschickte eines Kindes kann durch jeden Anwärter erfolgen. Der Ansetzung steht es nicht entgegen, wenn der Vater nach der Geburt das Kind als Familienfideikommissbesitzer nach der Abgrenzung des Grundbesitzes zum Fideikommiss ist der Nachfolge des ersten Familienfideikommissbesitzers bezu-

zulegen. Die Nachfolge vollzieht sich in der Ordnung nach Ainen mit dem Recht der Erbfolge. Kann bei Einwilligungs- oder Verzichtsurteilen nicht festgestellt werden, wer der Erbfolge anzuhebeln ist, so entscheidet das Los. Der Erblasser kann anordnen, daß das Familienfideikommiss nach dem Tode des letzten Familienfideikommissbesitzers aus dem Mannesstamm auf die weibliche Nachkommenschaft des ersten Familienfideikommissbesitzers übergehen soll. Weitere Bestimmungen sind in dem Entwurf getroffen über den Eintritt in die Nachfolge, über die Substitutionsregelung bei der Nachfolge, über die Aufhebung und das Erlöschen der Familienfideikommissverordnungen, den Familienrat und Familienfideikommiss.

Zur Entschloßung des Familienfideikommisses ist außer dem Stiftungsgesetze die Genehmigung des Königs erforderlich. Das Stiftungsgesetz unter anderem ist durch die Familienfideikommissverordnungen, das Stiftungsgesetz von Todeswegen in einem Testament oder Erbverträge zu beurteilen (Stiftungsurkunde). Die Stiftungsurkunde bedarf der Beglaubigung durch die Familienfideikommissbehörde.

Der Gesetzentwurf bezieht sich auf die Regelung der Familienfideikommissverordnungen hinsichtlich des Erbgangsbefehles. Die Regierung ist dabei, wie der Justizminister im Herrenhause bemerkte, von der Ansicht ausgegangen, daß die Bindung des Erben, künftigen, künftigen Grundbesitzes einer selbständigen gesetzgeberischen Aktion nach dem Vorbilde der für einzelne Landesteile bereits bestehenden Gesetzgebung, der Anleihen- und Söfegesetze, vorbehalten werden muß. Diese Frage ist keineswegs verlag, sondern bezieht sich auf die nächstbeteiligten Interessen der Staatsregierung auszusprechen. Für den Großgrundbesitz der Monarchie soll eine einheitliche Regelung der Angelegenheit eintreten. Um das zu erzielen, ist es notwendig, das Gesetz hinsichtlich seines künftigen Grundbesitzes Bestimmungen auch auf die bereits bestehenden Familienfideikommiss anzuwenden.

Der Regelung dieser Seite der Angelegenheit dienen die in dem Entwurf aufgenommenen Uebergangsbestimmungen, welche vorzuleihen, imvonein und mit welcher Maßgabe die

neuen Bestimmungen auf die alten Familienfideikommiss in Anwendung zu bringen sind.

Die Frage der Kosten und Stempel soll in einem besonderen Gesetz, in einer Novelle zum Stempel- und Kosten-Gesetz, ihre Regelung finden. Die Frage gehört, wie der Justizminister ausführt, nicht eigentlich in ein Gesetz hinein, das die rechtliche Gestaltung der Familienfideikommiss regeln soll. Auch die geltenden Familienfideikommissverordnungen mögen sie sich im Allgemeinen Landrecht oder in Sondergesetzen befinden — enthalten keine Bestimmungen über Kosten und Stempel; diese finden sich vielmehr in dem allgemeinen Kosten-Gesetz und dem Stempel-Gesetz. Dort wird einzutreten sein, wenn es sich darum handelt, Erleichterungen für das Gebiet des Familienfideikommisses herbeizuführen. Der Justizminister hat übrigens seinen Zweifel darüber gelassen, daß gleichzeitig mit der Neuordnung des Familienfideikommissverordnungen die Stempel- und Kostenfrage ihre Erledigung finden muß und finden wird.

Deutsches Reich.

Salle, den 7. April.

* Präsident Roosevelt hat auf seiner großen Rundreise eine Reihe von weiteren Reden gehalten. In Winneapolis erörterte er die Beziehungen der Vereinigten Staaten zu Cuba ganz im Sinne seiner in Chicago gehaltenen Rede über die Monroelehre und kam dann auf die Alltätigkeit zu sprechen. Er betonte, daß Amerika von der Schuttpolitik nicht abgehen könne. Es liehe in erster Reihe bei dem internationalen industriellen Wettbewerb und dürfe nicht durch einen Akt der Lohheit die Stellung preisgeben, die es sich im Kampfe errungen habe. Die Regierung, welche die Interessen aller Bevölkerungsklassen wahrzunehmen habe, könne von dem bestehenden System unter keinen Umständen abweichen.

So lehrreich diese Rede grade für die deutschen Parteien sein mag, welche die Preisgabe der deutschen Wirtschaftsmacht unter der Begründung verlangen, daß die Forderungen der deutschen Landwirtschaft einem einseitigen Interessenstand entgegen, so war doch eine andere Rede des Herrn Roosevelt noch weit interessanter: nämlich seine Ausführungen über die Krisis: Die Anklagen — so führt er aus — die er bereits über diese Angelegenheit geäußert habe, seien zum Geleit gebracht worden. Dieses Geleit werde nicht erlich und energisch auszuführen werden, ohne sich in die gelegentlich lästige Geschäftstätigkeit einzumischen, aber auch ohne die Korruptionen zu schonen, welche sich einer illegalen Handlungsweise schuldig gemacht hätten. Indessen wäre jeder Versuch, mehr zu erreichen, unpraktisch und es lasse sich von der unaufhörlichen Agitation für eine radikale und extreme Gesetzgebung oder für eine Reform mit Hilfe von Tarifmaßnahmen nichts gutes erwarten. Man könne dem Gebelhen des Trutts ein Ende machen, wenn man das Gebelhen des Landes untergrabe; aber dieser Preis könne doch zu hoch zu sein. Man fenne sich nicht das tun, was der letzte Versuch getan habe, nämlich, sich bemühen, die Korruptionen nicht zu vermindern, sondern in bestimmte Bahnen zu bringen. Die Verriedigung, mit der Roosevelt die Ergebnisse der von ihm eingeleiteten gesetzgeberischen Aktion gegen die Lebermacht der Trutts beurteilt, dürfte schwerlich allgemein als berechtigt angesehen werden; man hält vielmehr in weiten Kreisen der Union die Beschlüsse des Kongresses in der Forderung im ganzen für einen Schlag ins Wasser, der an den bestehenden Zuständen nichts wesentliches ändern wird. Jedenfalls bietet Herrn Roosevelts Rede über die Krisis eine recht wertvolle Ergänzung seiner prächtigen Ausführungen über das Wesen der amerikanischen Kultur. Wenn es auf dem Gebiete des Wirtschaftswesens irgend etwas gibt, was man als Verbesserung der U Kultur bezeichnen muß, so sind es diese Trutts, welche die wirtschaftliche Tätigkeit des Einzelnen untergraben, das Volk proletarisieren und in die Anschließung des Großhandels bringen. Wahrheit, eine Politik des allerhöchsten Materialismus und der verwerzlichen modernen Barbarei!

* Ueber die Kiltaner Rede Roosevelts erhalten wir noch folgende Meldung:

Washington, 5. April. Was sich am gefolgert werden, Präsident Roosevelts Bemerkung über Proklerei und Aufgehobenheit, die er in seiner Rede in Chicago gemacht hatte, hätte als Beweis für Admiral Dewey wegen des Interesses, worin er die deutsche und die amerikanische Marine miteinander verglich, gelten sollen. Etwas mehr ist jetzt bekannt gegeben, daß dem Präsidenten Roosevelt sehr Gebane einer Sitzung auf Admiral Dewey zugehen habe, da seine Rede schon 10 Tage früher gehalten war, ehe das Interview mit Admiral Dewey veröffentlicht wurde.

Das ändert nichts an der Tatsache, daß selbst von amerikanischen Mäthern die Worte auf Dewey bezogen worden sind. Was aber der Zusammenhang jetzt wirklich offizios beschriften, so sieht daraus, wieviel sich gegen den Entwurf einer einzigen Einigkeit konigieren. Seine erteilene Anwesenheit bei Roosevelts Abreise, der Ueberführung seines Kaisers der Truttsprode und die Brüstung von Wittgebern der deutschen Hofschicht rufen immer härtere Zweifel darüber hervor, ob er wirklich der rechte Mann für den Botschafter-Posten ist, Zweifel, die auszuweichen schon deswegen angebracht sind, weil seine endgültige Ernennung befriedlich noch nicht erfolgt ist.

Der bedurfte der Zolltarifreform? Wer sich die freifinnige oder sozialdemokratische Presse zu seiner Vertreterin erkoren hat, wird zweifellos der Ansicht sein, die Zolltarifreform ist lediglich deshalb durchgeführt worden, um der Landwirtschaft einen höheren Zollfuß zu verschaffen, so wenig ist das Verhältnis für den Zweck dieses Zweckes in das Volk gedrungen, weil eine Anzahl von Parteien und die davon abhängige Presse lediglich um des Parteivorteils willen die Agitation über die Wahrheit stellten. Die Zolltarifreform war für unsere Landwirtschaft allerdings notwendig; für unsere Industrie aber und die davon abhängige Arbeitererschaft war sie geradezu eine Lebensfrage. Denn der alte Zolltarif ist dem Thema von 1829 nachgebildet und enthält Zollsätze und Warengruppen, die dem heutigen Standpunkte der Technik nicht mehr entsprechen. Je nachdem das Rohmaterial oder die Herstellungsweise billiger oder teurer geworden sind, werden die Waren entweder übermäßig oder nicht ausreichend geschützt; außerdem machen die Warengruppen, die früher einmal zweckmäßig geordnet waren, vielfach den Eindruck einer willkürlichen und ziellosen Zusammenstellung. Unmittelbar nach Abschluss des letzten Vertrages wurde darum bereits von Seiten der Regierung erklärt, daß die künftigen Handelsverträge keine weiteren Änderungen der alten Zolltarifbestimmungen feststellen, deren eine im Jahre 1892 beginnt. In dieser Periode hätten nach dem Freizoll der Weizenölle 6,50 Mt. und der Roggenölle 5,40 Mt. für den Doppelzentner betragen müssen; in Wirklichkeit aber wurden sie nur auf 3,50 Mt. festgelegt. Es kann sonach gar keinem Zweifel unterliegen, daß die Landwirtschaft die Lagen für die hinter uns liegende Zeitperiode getragen hat und daß deren Berücksichtigung in der neuen Tarifreform noch eine Forderung anschließender Gerechtigkeit war. Unentbehrlich aber war die in den letzten Jahren der alten Zolltarifbestimmungen entfallende Warengruppen und Tarifbestimmungen durchgeführt, so daß sie den beginnenden Vertragsverhandlungen mit Nutzen entgegenkommen kann. Ohne die Zolltarifreform hätte eine ganze Anzahl von Industrien Tot gelitten und eine große Zahl Arbeiter hätte im Laufe der Zeit brotlos werden müssen. Trotzdem aber hat die Sozialdemokratie die Tarifreform beifällig — ein Beweis für die Unrechtheit ihres Arbeiterprogramms.

Keine Fortsetzung des „Präsidentenstuhls“. Von Kammer aus geht die Nachricht von dem bevorstehenden Stimmtritt des Oberpräsidenten der Rheinprovinz Wasse durch die Presse. Ebenso wird angedeutet, daß eine Neubewertung der Regierungspräsidenten von Koblenz und Aachen in Aussicht liege, und daß Polizeipräsident Kiehl-Moddeburg als Nachfolger des zurückgetretenen Regierungspräsidenten Dr. von Wedden nach Trier gehen werde. Hierzu schreiben die Rheinischen Wälder: Daß der Moddeburger Polizeipräsident für den Trierer Posten ausreichen sein sollte, gibt hier für ganz unannehmlich. Von den angeblichen Kandidatenschriften des Oberpräsidenten Wasse und der Regierungspräsidenten v. Hövel-Koblenz und Dr. v. Hartmann-Aachen ist in Berlin gleichfalls nichts bekannt, man hält diese Nachrichten für Kombinationen, die rein nachlässig auf das Dienstalter der betreffenden Beamten hin aufgestellt worden sind. Eine Fortsetzung des jüngsten Präsidentenstuhls steht nicht in Aussicht.

Der Kaiser über seinen Besuch in Dänemark. Die kopenhagener Zeitungen teilen mit, daß Kaiser Wilhelm gegenüber

dem deutschen Gesandten von Schöen, der dem Kaiser ein Brief folgte, sich in einer außerordentlich angenehmen Weise über seinen Aufenthalt in Kopenhagen ausgesprochen hat. Der Kaiser sei hier gerührt über den außerordentlich freundlichen und herzlichen Empfang, der ihm zu teil geworden ist seitens des Königs und aller Mitglieder der königlichen Familie, und erkenne mit großer Freude die freundschaftliche und warme Haltung von Seiten der Bevölkerung Kopenhagens an. Der Kaiser sei erfüllt von Bewunderung für alles Schöne und Große, das er in Kopenhagen zu sehen Gelegenheit gehabt hat, und werde die ununterbrochenen Tage in Kopenhagen in der Erinnerung bewahren.

Personalanzeiger. Die Kaiserin des Königs von Sachsen ist am 2. März feierlich bei ihrem Antritt in Dresden von dem König ein glänzender Empfang bereitet worden. — Der Ober des kaiserlichen Zivilkabinetts v. Lucanus ist aus Meran in Berlin wieder eingetroffen, weil aber seine Amtsverhältnisse vorübergehend seiner Gesundheit nicht zuträglich sind, Abwehungen aus Gmunden zufolge ist Prinz Georg Wilhelm von Cumberland nach überdauernden Malen an Nervenkrankung erkrankt.

Preussische Klassenlotterie. Der letzten zur Ausgabe gelangende und von den künftigen Klassenlotterien unentgeltlich vererbte Plan für 200. Klassenlotterie enthält wesentliche Änderungen gegen den bisherigen Plan. Jede Lotterie wird künftig in fünf Anteile in vier Klassen abgeteilt: es ist jedoch der Klassenpreis des 200 von 48 Mark auf 40 Mark ermäßigt worden, so daß im ganzen nur ein Gewinn von 400 Mark, das Lotterielos 8 Mark (von 192 Mark auf 200 Mark) eintreten, die Zahlungsstellung aber durch Verfeinerung der einzelnen Pläne erleichtert wird. Die Gesamtzahl der Lose ist auf 224.000, die Gesamtzahl der Gewinne auf 100.000 Stück bemessen. Die Zahl der wöchentlichen Gewinne, darunter Gewinne in Hauptloosen auf eine Summe von 100.000 Mark, die wöchentlichen Gewinnsumme auf eine Summe von 10.000 Mark, von 44 auf 38, mittig um 32 Proz., die Gewinne zu 5000 Mt. von 87 auf 117, mittig um etwa 34 Proz., die Gewinne zu 1000 Mt. von 1642 auf 2024, mittig um etwa 60 Proz. vermindert werden. Die Auszahlung der Vorlosien mit einigen größeren Gewinnen, darunter ein Gewinn von 100.000 Mt. in jeder Periode, soll einen Ausgleich herbeiführen, daß künftig der Hauptloos Gewinn nicht mehr als 100.000 Mt. betragen wird. Die Umgestaltung des Lotterienplans soll nicht nur die Zahl der Gewinner, sondern auch die Zahl der Gewinner, die aus der Erhöhung des Spielkapitals sich ergebende höhere Gewinnanteile des Staates soll deshalb durch Verwendung werden, für die Hauptloos eine Prämie von 300.000 Mark auszuschütten. Die Zahl der Gewinner, die die Prämie nicht bekommt, die Spieler dadurch zu bewegen, daß sie während der Forderung der letzten Klasse ein Los in demselben Zeitpunkt erwerben, wo der letzte große Gewinn bereits gezogen ist. Ein Zusammenstreifen der Prämie mit einem hohen Gewinn soll künftig vermieden werden, da die Prämie nicht sowohl als ein Gewinn, sondern vielmehr als zweiter Höchstgewinn weiter soll. Zu diesem Zweck ist bestimmt worden, daß die Prämie als Zuschlag zu dem Gewinn von 1000 Mt. und darüber zu gewähren ist, welche am letzten Ziehungsstage in der Nachmittagsziehung zuerst gezogen wird. Bei der großen Anzahl der Gewinner von 100.000 Mt. und darüber ist es daher in der Regel mit einem Gewinn einer dieser beiden Kategorien zusammenzufallen.

Der Bundesrat hat nach dem „D. P. R.“ Änderungen an den Ausschließungsbestimmungen zum Zählrecht vorgeschlagen. — Zum Festhalten der von untrügender Seite verfaßt, daß die bayerische und bayerische Regierung sich für die Aufhebung des § 2 des Zählgesetzes ausgesprochen haben. — Wie wir in diesem Sinne mitgeteilt haben, ist der Reichstag den 2. März in Bundesrat bis auf weiteres in die Einbringung. — Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat den Eisenbahnbehörden empfohlen, durch Aufhebung an den Stationen bekannt zu geben, daß es, damit während der Reisezeit größere Reisegelegenheiten besonders an Sonn- und Festtagen die Sicherheit nicht, in den Eisenbahnen ausreichend Platz zu finden, erwidert, daß der Reichstag, wenn bei den Reisenden möglichst einige Stunden vor dem Abgang des gewünschten Zuges die Zahl der Reisenden und die zu benutzende Wagenklasse angegeben werden.

Gegen die polnische Agitation. Der „Berl. Ztg.“ wird aus Gnesen gemeldet, daß sich am Ende April vierzig Polen

gegen die polnischen Gymnasialisten ein neuer Prozeß gegen die „Gleichheit“ einen Verein zu gegenseitiger Belehrung in der polnischen Literatur und Geschichte bilden wollten. Der Staatsanwalt hat gegen den Vorstand und einen Teil der Mitglieder Anklage erhoben.

Der vierte Verbandstag der Hilfswägen Deutschlands findet am 14., 15. und 16. April d. J. in Mainz statt.

Der Dank der Sozialdemokratie. Für die leitenden Stellen in der Reichsregierung ist folgende Auslassung des „Vorwärts“ recht lehrreich. Es heißt dort am Schluß eines vollständigen Artikels über die letzten fünf Jahre: „Seitdem wir dem „Vorkämpfer“ und der „Hilfswägen“ die Sozialdemokratischen Organisationen der Arbeiter werden in Wien nicht werden mit zärtlichen Worten bedacht und alle Gnaden Fülle wird ihnen in Aussicht gestellt, wenn sie es nur unterlassen, ihre Anstrengungen mit reinem Zorn zu befeuern. Damit hätte es nun freilich keine Gefahr zu tief ist das Klassenbewußtsein in die Masse der deutschen Arbeiter eingebrungen, als daß sie sich solchen Lockungen jemals (2) zugänglich erweisen könnten. Rammelsplump aber erwiderte diese Verträge drei Jahre nach der Durchführung. Diese Verträge sind nicht doch auch den Hindernissen die Augen öffnen und ihn erkennen lassen, daß die Sozialdemokratie und politische Kampf, die Sozialdemokratie und Sozialdemokratie, nur zwei Seiten einer und derselben Sache sind, der großen proletarischen Klassenkampf.“

Diese Belehrung, die hier speziell dem Staatssekretär, Grafen von Bismarck zu teil wird, befristigt nur, was auch mir über diese Sache bereits ausgesprochen haben. Das Gegenstück des „Vorwärts“, daß die Sozialdemokratie und Sozialdemokratie eins sind, wird nun wohl hoffentlich „auch den Hindernissen die Augen öffnen“, und der Sohn, wenn der sozialdemokratischen Seite das Entgegenkommen der Regierung aufgenommen wird, dürfte den Versöhnungsgesicht der in der Reichsregierung gegenwärtig vorhanden zu sein scheint, ein wenig abkühlen.

Anstalt.

Frankreich.

Wiederholung der Dreifus-Affäre in der Kammer.

Die Deputiertenkammer verhandelt über die Ungültigkeitserklärung der Reichs-Affäre, des Deputierten des zweiten Arrondissements von Paris. Jaurès erinnert daran, daß Sirey, ein gewählter Abgeordneter, sich wie die anderen Nationalen eines Alakates mit der Unrechtheit, das Ministerium des Auswärtigen und eines Briefes (Schlüssel) bedient habe, daß sich auf die Revision des Dreifus-Briefes und bekannt, daß auf der einen Seite die guten Franzosen aus der anderen die Anhänger Dreifus' und das „Ministerium des Auswärtigen“ stehen werden. Jaurès protestiert gegen die wieder alle republikanischen Parteien gerichtete Anklage unter dem Einfluß des Auswärtigen zu stehen, und sagt hinzu: „Es wird gesagt, man hätte die Dreifus-Affäre nicht wieder ins Leben rufen, aber Jaurès, daß wir uns von den Nationalen nicht dürfen zum besten haben lassen.“ Jaurès sagt weiter, er sei erstaunt über die Schwäche, welche die Regierung in dem Prozeß von Rennes gezeigt habe, wo die Staatsanwaltschaft die Entdeckung des falschgeschriebenen nicht bereitgestellt habe. (Beifall links.) Es handelt sich um das Schriftstück „cette canaille de D.“ Die Gegner Dreifus' erklärten, die Note des deutschen Kaisers sei die Antwort auf das Bismarck, daß man aber angesichts der Drögen Deutschlands das Bismarck der deutschen Wochenschrift, wo es geschanden worden sei, habe zurückgeben. (Beifall links.) Jaurès erklärte, daß die Note von Bismarck von 1891 nicht fixiert, es wurde erst im November 1897 vorgebracht, und zwar von „Herrn.“ Jaurès bekräftigt dann weiter das Schriftstück und erklärt, der Beweis dafür, daß es gefälscht sei, liege in der am Namen Dreifus' gefälschten verschiedenen Besetzung und in der Unklarheit, welche der deutsche Kaiser begeben haben würde, dem Namen Dreifus' und seine eigene Unrechtheit auf das Schriftstück zu setzen. Herr Jaurès habe eine Fälschung angebeugt, die er begeben. (Beifall auf der äußersten Linken.) Herr Jaurès, um zu verhindern, daß diese Fälschung aus Welt komme, dann noch eine zweite Fälschung begeben, und der Generalfeld sei der

Matthäus-Pastor.

Ein Dichterschilderung von Luise Gläb.

Schilderung — alle Mosen zerplittert, alle Segel zerfetzt und der Kiel des Schicksals, auf das er seine Hoffnungen gelassen, von unwiderwilligen Klüppen erschüttert, so daß er selber von seiner Zukunft nichts mehr hoffte, an seine Zukunft mehr glaubte.

Nachdem, in ein Gefühl der Betäubung gleichsam eingehüllt, ging er die Weitrücke entlang, der Stadt zu. — Er dachte nicht: was nun? Das lag ihm ganz fern. Wenn er überhaupt in Worten dachte, so war's: „Sie hat die Probe auf Ihre Liebe nicht bestanden.“

Dabei ließ der Born einen eigentlichen Liebessehns nach aufkommen. Mithals ein Problem war das letzte gewesen. Vorher trafen ihn die beiden großen Mißerfolge, die diesen Mafal bewirkten: Er fiel durchs Messer-Examen, weil ihm kein Drama durch Kopf und Herz faßte, und sein Stück brach den Hals, weil die juristische Arbeit doch immerhin „sehr interessant“ war.

Man hätte ihm das vorausgesagt — er aber dachte dazu: Wenn er das nicht leisten könnte, war er würdiger kein Aufwärtiger! — Nun fanden's die guten Freunde beinahe heilfam, daß solcher Großmuth bestraft wurde; und es sollte nicht an dem Nötigen: Sieht Du! — das darfst' ich mit! — Das war vorauszuhehen!

Als das Examen an der „unjuristisch gefassten“ Aufgabe und kritischer Dichterkritik scheiterte, faßte Mithals ein wenig. Mithals war's ja gewesen. Aber ihr Albert hatte doch schon seinen Dr. juris gemacht und war außerdem ein Dramen- und Götterdramen. Derselben Leute werden angebetet und bewundert, ihr Leben führt nach Vorber, und das wonnige Raubdenk des plaudert plaudert ist die Mühe, die ihre Tage beglückt.

Das Vorberdicht und Weisheitslehren bei Albert Wendleins Premierie gefehlt hatten, das nahm ihm die Braut. „Komm nicht mit.“ sagte er, „es wird uns beide nervös machen: Publicus ist unangenehm.“

Sie lacht ihr süßes, tolltes Lachen, läßt und bettelte, wann sie ihm: „mein Genie!“ und erröthete ihren Jura. Ihre Gedanken streifen nicht einmal die Möglichkeit eines Mißerfolgs.

Formalisms stand sie der lauen Aufnahme und der spirituellen Herablassung der Kritik gegenüber. Das erröthete sie nicht! Obgleich sie sich ihres Wertes

reichlich bewußt war, empfand sie doch im Inneren, daß ein Geweiht dem Glanz seines Lebens vom Götter empfängt. Sollte sie im Schatten verbleiben, weil Albert Wendlein seine Sonne war? Doch was es Zeit, sie konnte bessere Richtpender und gab „ihren Vortrag“ den Kaufboten.

Erst ihre bitteren Worte brachten Wendlein zum Bewußtsein, daß er sich nicht nur innerlich mit seinem Mißerfolg abzufinden hatte, sondern daß er auch für die anderen in einer fatalen Beleuchtung stand. Das würgte an ihm, als er von der verlorenen Nichten kam.

Was die guten Fremde und besseren Feinde jetzt von ihm redeten? Meinliche Götter! Er wußte, daß es das war, er durfte auch nichts häßlicher, doppelt als Schanden, die uns scharfe Waffen schlugen und konnte doch nicht darüber Herr werden.

Da rief es ihn an: „Hel Albert! wohin? Wir treffen uns in Hindenburg — kommst Du mit?“

Albert sah in eines Kollegen gutmütiges blondes Gesicht. „Der ganze Kerl“ rosig und mitleidig, behaglich und „jemals mit sich zufriedener, denn er hatte voriges Jahr einen „Wahlkampf“ gemacht.“

„Dante“ — vielmals formte ich nach.“

Das sehr abweisende „dante“ kam aus Wendleins Herzen; der Nachsch war eine Lüge, von dem Gedanken geboren: Sie sollen nicht aus da denken, ich meide sie.

Und dann im Weiterdritten kam der Kerger über die Lüge und die Selbstverleumdung über die Feigheit.

Die Charaktertrüge lauteten; nach allen Richtungen strömten feierliche Menschen.

Wendlein sah nichts davon, wanderte unbetäubt dem dichtesten Strom nach und grogte mit seinen Schicksal — nicht mit sich selber.

Natürlich ist ihm ein Postkopf gewesen, dachte er in grübelndem Born. Schuld? nein — Tausenden wäre es glücklich. Ein paar andere Fragen — ein besserer Wille — und ein Mädchen mit größerem Herzen und stärkerer Liebe —

Nun, Gott sei Dank, daß sie sich jetzt erraten hatte — zehn Jahre später wäre die Erkenntnis noch tödlicher gewesen. Wendlein hätte umsonst gegen eine Dame an, murmelte eine Gedankenschnur und sah erst auf, als ein gleichmütiges „o bitte“ dagegen laut wurde.

Die Stimme klang ihm unpatriotisch ins Ohr trotz aller Gleichgültigkeit.

Aufregend war die Erscheinung nicht; schmal, bleich, dannhaft gefleckt, aber ohne Neiz und Eitel. Also nichts für Anmerkungen, und doch hatte sie ihm blühten, denn sie war der erste gewesen, was wieder einen Wunsch in ihm geweckt hatte; den Wunsch, das Gesicht zu sehen, das zu dieser Stimme gehörte.

Und dann folgte der zweite Wunsch, die Stimme noch einmal zu hören. Also fragte er: „Weshalb stehen denn die Menschen in solch langem Schwarm vor der Thomastirche?“

Ertraut lag ihm die Dame an. „Seit sie doch die Matthäuspastor. Der ehrwürdige Thomastor herrscht wieder einmal auf seinem Chor-Mittag-Mahl.“

„Da ist! — Wendlein nahm den Hut ab und fuhr sich durchs Haar. Danach zu fragen! — Er mußte ihre ja geradezu blöde vornehmen.“

Sie lächelte auch. Ein feines kurzes Lächeln suchte über ihr Gesicht, verhörend wie ein Sonnenbild über eine selbige Gegen.

Dann lagte die angenehme Stimme: „Sören Sie sich's an. Wenn Ihnen die Mühe auch so wenig bedeutet, doch Sie nichts von unserer Kassationsaufklärung wissen, zu der die Sentenz von weit herangezogen kommen — es kann Ihnen doch ganz unangenehm als Bad für Stirnen und Seele, als Vorbild, wie man seinen Lebensweg gehen soll, und als eine Hoffnung.“

Da istung es ihm; die Lären gingen aus, und wie das Wasser durch die geöffneten Schieffen flüzt, drängte die Menge hinter den Rücken, die sich von einander, ich den Willstollen hinein und ließ ihn drinnen zur Empore hinauf.

Als er wieder zur Bestimmung kam, sah er auf einer der bordenen Reihen, daß die leeren Stühle der Solisten und sah, wie die Hände der Musikanten die langsam flühten.

Da ist es das richtige für einen Schriftfährigen, dachte er grimmig, sich neueres vom Zufall lassen. Auch noch auf diesen tödlichen Platz, der einen das Nüchtern der Musikanten sehen läßt.

Dann fiel ihm ein, was die Fremde gesagt hatte — ein Bad für Sinn und Seele — wahrhaftig, er konnte es brauchen — ein Vorbild, wie man seinen Lebensweg gehen soll — auch das — wußte sie? Kamme sie ihm?

Unangenehm. Er hatte sie nie gesehen. So ja, er war ja durch seinen Weiterlebung eine öffentliche Gleichgültigkeit geworden, die seinen Charakter, die Unwürdigkeit Gehört überkam ihm bei dem Gedanken, die Fremde könne ihn bemitleiden, irgend jemand förmig ihn bemitleiden.

Halle'sche Nachrichten.

Halle, den 7. April.

Die städtische Oberrealschule. Aus dem Jahresbericht der städtischen Oberrealschule zu Halle für das Schuljahr 1902/03...

im Saale selbst einzuräumen. Man stellt Ventilationsvorrichtung an...

Die gestrige Stadterweiterungs-Ausstellung fiel gestern wegen der kühlen Temperatur im Sitzungssaal aus.

Die Schulgarten der Französischen Schulen, den von den Herren Oberlehrer Dr. Wagner...

Die Leitung der Mittelschule in der Friedrichstraße ist mit H. v. W. von Herrn Rektor Dr. M. v. A. übernommen...

Die Zahl der Schüler in der Oberrealschule betrug am 31. Oktober 1902 12. März 1903 wurde Dr. Robert Scheyer...

Die Zahl der Schüler in der Oberrealschule betrug am 31. Oktober 1902 12. März 1903 wurde Dr. Robert Scheyer...

Die Zahl der Schüler in der Oberrealschule betrug am 31. Oktober 1902 12. März 1903 wurde Dr. Robert Scheyer...

Die Zahl der Schüler in der Oberrealschule betrug am 31. Oktober 1902 12. März 1903 wurde Dr. Robert Scheyer...

von Hens, Rossmesshof. Am Mittwoch findet bestimmt Übermanns, Schmetzingerschlad...

Die Bevölkerungsvorgänge in Halle im Jahre 1902.

Nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen, die, wie gewöhnlich, keine vollständigen Ergänzungen mehr erfahren werden...

Bemerktes.

Das Schulfest der deutschen Schulfrauen. Großherzogin Elisabeth ist in Halle...

Ein Fest für Journalisten. Der Verein der Journalisten hat am Montag...

Die Mauer ist in Halle am Montag in den Generalausstand getreten...

In der Vorwoche kamen in Halleschen in der Halle...

Der Prozeß über die Straßennutzen in Magdeburg am Montag...

Ein Kassenveränderungsschreiben wurde aus Halle...

Die Kassenveränderungsschreiben wurden aus Halle...

Die Kassenveränderungsschreiben wurden aus Halle...

Die Kassenveränderungsschreiben wurden aus Halle...

Halle'sche Kunstleben.

Aus dem Bureau des Stadtkonzepts sind und geschrieben: Die zweite Vorlesung des Sonder-Cyclus...

Aus dem Bureau des Neuen Theaters sind und geschrieben: Der zweite Vorlesung des Sonder-Cyclus...

Provinz Sachsen und Umgebung.

— Gernern, 6. April. (In gutem Andenken.) Solange...

g. Dieskau (Zaunf.). 6. April. (Wohnung.) In Anrechnung...

e. Zeitz am Berg, 6. April. (Konfirmations-) Sachverhalt.

h. Köthen, 7. April. (Eine feierliche Feier) konnte am 4. April...

— Borsdorf, 6. April. (Konzeptions-) Entzifferung.) Der Frau Anna...

— Wittenberg, 6. April. (Die Mutter) der hier in einem Haus...

— Ebersdorf, 6. April. (Verunglückt.) Am Samstag...

8. Gernrothra (Hr. Gernrothra), 6. April. (Ehren-) abend.) Wie früher...

— Naumburg, 6. April. (Salzbrand.) Bei Salinerna hat ein...

— Naumburg, 6. April. (In bester Geschäft-) leben.) Hier...

2. Bittern, 6. April. (Gute Tendenz.) Wie die hiesige...

— Wittenberg, 6. April. (Eine herbe Enttäuschung) eines...

— Wittenberg, 6. April. (Wohlstand.) Am 10. d. M. feiert...

stell her gehen und nur zwei Damen, die es eilig hatten, auf den...

— Wittenberg, 1. u. 2. April. (Zum Verzeihen) wird...

— Wittenberg, 6. April. (Ein eigenartiger Fall) wurde vor dem hiesigen...

— Wittenberg, 6. April. (Lehrerbewerber) Nach der dem...

— Wittenberg, 6. April. (Goldene Hochzeit.) Am 3. April...

— Wittenberg, 6. April. (Lehrerbewerber) Nach der dem...

angewendet; auch die Reklamen der benachbarten Kirchhöfen sind...

— Wittenberg, 6. April. (Ein eigenartiger Fall) wurde vor dem hiesigen...

— Wittenberg, 6. April. (Lehrerbewerber) Nach der dem...

